

## Niederschrift

über die 24. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung am Montag, dem 02.12.2019 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

### Anwesenheit:

#### CDU-Kreistagsfraktion

Gochermann, Josef, Prof. Dr.  
Henrichmann, Marc  
Koch, Harald  
Kummann, Norbert  
Löcken, Claus  
Merschhemke, Valentin *Vertretung für Herrn Christoph Haub*  
Pohlmann, Franz  
Schulze Esking, Werner *Vertretung für Herrn Klaus-Viktor Kleebaum*  
Schulze Havixbeck, Hubert  
Schulze Tomberge, Ulrike  
Wessels, Wilhelm

#### SPD-Kreistagsfraktion

Bednarz, Waltraud  
Kunstlewe, Manfred  
Rampe, Carsten  
Vogt, Hermann-Josef  
Waldmann, Johannes

#### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Raack, Mareike *Vertretung für Herrn Willi Kortmann*  
Spallek, Anne-Monika, Dr.

#### FDP-Kreistagsfraktion

Zanirato, Enrico *Vertretung für Frau Ulrike Holters*

#### UWG-Kreistagsfraktion

Kirstein, Günter, Dr.

#### FAMILIE/DIE LINKE-Kreistagsfraktion

Gembalczyk, Rainer *Vertretung für Herrn Marcel Stratmann*

#### Gäste

Grüner, Jürgen, Dr.  
Geschäftsführer wfc GmbH

#### Verwaltung

Tepe, Linus, Dr.  
Helmich, Ulrich  
Schütt, Detlef  
Brockkötter, Ulrike  
Heuermann, Wolfgang  
Beck, Stephan  
Raabe, Mathias  
Bussmann, Jörg  
**Schrifführer**  
Lügering, Jannik  
**Schrifführer**

Der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Josef Gochermann eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

#### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 Digitalisierungsstrategie für den Kreis Coesfeld - Sachstand und Planung  
Vorlage: SV-9-1577
- 2 Gewerbeflächenentwicklungskonzept für den Kreis Coesfeld  
Vorlage: SV-9-1580
- 3 INTERREG-Projekt „Euregionales Schienenprojekt EuregioRail“  
Vorlage: SV-9-1568
- 4 Sachstandsbericht Radaktionstag 2020  
Vorlage: SV-9-1569
- 5 Bericht über die wesentlichen Änderungen des Haushaltsrechts ab 2019  
Vorlage: SV-9-1452/1
- 6 Verwendung der Landesmittel nach § 14c Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW (Weiterleitung der "Integrationspauschale" des Bundes)  
Vorlage: SV-9-1581
- 7 Wirtschaftliche Situation der kreisangehörigen Städte und Gemeinden  
Vorlage: SV-9-1582
- 8 Entwurf Haushalt 2020  
Vorlage: SV-9-1561
- 9 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 10 Anfragen der Ausschussmitglieder

#### Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

**TOP 1 öffentlicher Teil**

SV-9-1577

**Digitalisierungsstrategie für den Kreis Coesfeld - Sachstand und Planung**

Dr. Grüner, Geschäftsführer der wfc GmbH, stellt die aktuellen Arbeitsergebnisse vor und erläutert, dass sich zu diesem Thema eine sehr gute Diskussion entwickelt habe. Das Thema Digitalisierung beschäftige die kreisangehörigen Kommunen und es sei der richtige Weg, dieses Thema gemeinsam anzugehen. Bei der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie müsse man gewisse Prioritäten setzen. Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Gochermann unterstützt die Auffassung, dass es sich um ein Gemeinschaftsprojekt mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden handele und lässt sodann über den Beschlussvorschlag beschließen.

**Beschluss:**

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Für die Bearbeitung und Umsetzung erster Projekte werden im Haushaltsjahr 2020 30.000 € zur Verfügung gestellt.

Form der Abstimmung:                   offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:                einstimmig

**TOP 2 öffentlicher Teil**

SV-9-1580

**Gewerbeflächenentwicklungskonzept für den Kreis Coesfeld**

Dr. Grüner gibt die wesentlichen Inhalte der Sitzungsvorlage wieder und führt ergänzend aus, dass seitens der Bezirksregierung Münster noch keine Rückmeldung vorliege, wie das Änderungsverfahren des Regionalplans Münsterland aussehen solle. In einer Bürgermeister-Konferenz seien sich die Teilnehmer einig gewesen, das Thema Gewerbeflächenentwicklungskonzept im Kreis Coesfeld eigens anzugehen. Inhaltlich werde man weiterhin im Ausschuss berichten.

Ktabg. Schulze Eskinig merkt an, dass man erst abwarten solle bis der Regionalplan angepasst ist. Daraufhin erklärt Dr. Grüner, dass das Konzept vorbereitet und mit der Umsetzung dieses Konzeptes bis zur rechtskräftigen Anpassung des Regionalplans abgewartet werde.

Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek hält eine Abstimmung zwischen den Kommunen für sinnvoll. Viele Themen, wie Photovoltaik, E-Mobilität etc., könne man bei diesem Konzept mit einbeziehen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**TOP 3 öffentlicher Teil**

SV-9-1568

**INTERREG-Projekt „Euregionales Schienenprojekt EuregioRail“**

Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Gochermann berichtet über die Ergebnisse zu dem geplanten INTERREG-Projekt „EUREGIO-Rail“ aus der EUREGIO-Ratsitzung vom 29.11.19. Die Arbeiten zur Verbesserung der Verbindung Berlin-Amsterdam seien aufgrund von Abstimmungsproblemen mit den niederländischen Projektpartnern aus dem Projekt „EUREGIO-Rail“ herausgenommen worden. Die EUREGIO werde sich allerdings weiterhin in beide Fördermaßnahmen einbringen. Es handele sich somit um zwei getrennte Vorhaben. Die Finanzierung und Arbeit für die Verbindung Berlin-Amsterdam entfalle dadurch. Man könne sich dadurch mehr auf die Verbindungen Münster-Enschede-Zwolle und Dortmund-Enschede konzentrieren.

**Beschluss:**

1. Der Kreis Coesfeld unterstützt das geplante INTERREG-Projekt „Euregionales Schienenprojekt EuregioRail“ des deutsch-niederländischen Zweckverbands EUREGIO.
2. Für die Haushaltsjahre 2020 bis 2022 werden für die angedachte Co-Finanzierung in Höhe von insgesamt 5.000 EUR entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt (2020 und 2021: je 2.000 EUR, 2022: 1.000 EUR).

Form der Abstimmung:                   offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis:                einstimmig

**TOP 4 öffentlicher Teil**

SV-9-1569

**Sachstandsbericht Radaktionstag 2020**

Kreisdirektor Dr. Tepe führt anfangs aus, dass der Radaktionstag nach Abstimmung mit den Vertretern aller interessierter Städte und Gemeinden am 10.05.2020 stattfinden und es auf Wunsch der Politik eine große Abschlussveranstaltung geben werde. Die Abschlussveranstaltung sei in Senden geplant. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinden seien nach Vorstellung der Planungen zu dem Radaktionstag in der Bürgermeisterkonferenz am 04.11.19 mit diesem Vorschlag einverstanden. Dementsprechend könne man nun mit den Planungen voranschreiten. Ktabg. Wessels signalisiert, dass es sich um eine unbefriedigende Lösung handle. Der Wunsch der Politik werde nicht ernst genommen. Ktabg. Rampe ist der Meinung, dass für die Bestimmung eines Termins für den Radaktionstag die Politik mit einbezogen werden müsse. Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek erfragt, wie man sich eine solche kreisweite Sternfahrt vorstelle. Die Wirtschaft müsse mit einbezogen und der ganze Tag solle größer ausgestaltet werden. Man könne beispielsweise auch auf den jeweiligen Strecken „Rast-Points“ einrichten. Die aktuelle Planung sei derzeit noch ausbaufähig.

Ktabg. Waldmann merkt an, dass unter Berücksichtigung des konzeptionellen Gedankens des Radaktionstages bei der Auswahl der Strecken bewusst Alltagswege ausgewählt werden sollten. Es handle sich um einen politischen Beschluss des Kreistages, der nun einfach von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern abgeändert werde, führt Ktabg. Rampe weiter aus. Dies könne man so nicht hinnehmen. Grundsätzlich müsse man die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister natürlich mit einbeziehen. Letztendlich entscheide aber die Politik. Ktabg. Schulze Esking weist daraufhin, dass die Stadt Coesfeld nicht bereit gewesen sei, die Bundesstraße zwischen Coesfeld und Dülmen für diese Aktion zu sperren. Ktabg. Wessels habe sich die Zusammenarbeit und den Umgang mit den Gremien insgesamt anders vorgestellt.

Kreisdirektor Dr. Tepe hält die Neukonzeption, nachdem die ursprüngliche Planung im September 2019 aufgegeben wurde, mit einer zentralen Abschlussveranstaltung für durchaus sinnvoll. Ein Beschluss sei bei der Bürgermeisterkonferenz nicht gefasst worden. MA Raabe führt zum Konzept des Radaktionstages ergänzend aus, dass ein Zeichen für mehr Radverkehr gesetzt werden solle. Die Sternfahrten seien abschnittsweise auch auf klassifizierten Straßen angedacht, sodass die Botschaft bei den Bürgerinnen und Bürgern ankomme. Die Kommunen stehen hinter dem Konzept und wirken aktiv an der Planung mit, so MA Raabe. Auch bei der Abschlussveranstaltung in Senden stehe das Thema Radverkehr im Mittelpunkt. In der nächsten Sitzung könne das Konzept nochmal detaillierter vorgestellt werden.

Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Gochermann fasst abschließend zusammen, dass der Kreis federführend bei den Entscheidungen zu dem Radaktionstag bleiben solle und eine Schwerpunktsetzung bei der Abschlussveranstaltung in Senden erkennbar sein müsse.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**Hinweis:** Der aktuelle Planungsstand zum Radaktionstag ist als Anlage beigefügt.

## **TOP 5 öffentlicher Teil**

SV-9-1452/1

### **Bericht über die wesentlichen Änderungen des Haushaltsrechts ab 2019**

AL'in Brockkötter stellt anhand der beigefügten PowerPoint-Präsentation die wesentlichen Änderungen des neuen Haushaltsrechts durch das 2. NKFVG NRW und die KomHVO NRW dar. Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Prof. Dr. Gochermann erläutert AL'in Brockkötter zu der Möglichkeit eines globalen Minderaufwands (vgl. Folie 5), dass konkret festzulegen sei, welche Teilpläne gekürzt werden sollen. AL'in Brockkötter erklärt zudem auf Nachfrage von Ktabg. Kunstlewe, dass aus Sicht der Verwaltung kein Handlungsspielraum für die Veranschlagung eines globalen Minderaufwandes gegeben sei, da die Ansatzermittlung nach den Vorgaben des § 11 KomHVO erfolge. Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek weist auf die Ansatzabweichungen in den vergangenen Jahren hin. Nach ihrer Einschätzung sei in den vergangenen Jahren immer mit einem „Sicherheitspuffer“ geplant worden. Es handle sich dabei um ein systemimmanentes Problem. Die Veranschlagung eines globalen Minderaufwandes könne dazu dienen, die Planungsungenauigkeiten zu bereinigen. Ktabg. Kunstlewe ergänzt, dass die Kürzung der Aufwendungen um circa 1 % in Anbetracht der Abweichungen der letzten Jahre ungefähr passen könne. AL'in Brockkötter weist darauf hin, dass in den vergangenen Jahren durch die geplante Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gegengesteuert wurde. Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek vertritt die Meinung, dass die Veranschlagung eines globalen Minderaufwands eher als geeignetes

Korrektiv zur Haushaltsplanung diene und die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich von Fehlplanungen in vergangenen Jahren.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **TOP 6 öffentlicher Teil**

SV-9-1581

### **Verwendung der Landesmittel nach § 14c Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW (Weiterleitung der "Integrationspauschale" des Bundes)**

Kreisdirektor Dr. Tepe weist eingangs darauf hin, dass die Integrationspauschale schon Thema in der Sitzung des Integrationsausschusses am 12.11.2019 gewesen sei. Danach habe eine verwaltungsinterne Abfrage zur Verteilung der Mittel auf die verschiedenen Produktgruppen und auf die Haushaltsjahre 2019 und 2020 stattgefunden. Die Ergebnisse seien der Sitzungsvorlage zu entnehmen. Der Integrationsausschuss habe in seiner Sitzung am 12.11.2019 noch keine Informationen über die Aufteilung der Mittel erhalten. Ktabg. Schulze Esking merkt an, dass die Verbesserung im Haushaltsjahr 2019 gegebenenfalls genutzt werden könne, um die allgemeine Kreisumlage im Haushaltsjahr 2020 zu senken.

In der Folge wird einstimmig beschlossen, dem Kreisausschuss die Empfehlung über die Verwendung der Landesmittel zu überlassen.

## **TOP 7 öffentlicher Teil**

SV-9-1582

### **Wirtschaftliche Situation der kreisangehörigen Städte und Gemeinden**

Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek erkundigt sich, ob eine jährliche Abfrage der wirtschaftlichen Situation der kreisangehörigen Städte und Gemeinden stattfinden könne. Eine Abfrage der Haushaltsdaten finde jedes Jahr statt, so Kreisdirektor Dr. Tepe. Die Ermittlung der Finanzkraft der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sei auch mit Blick auf die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts verpflichtend für den Kreis. AL'in Brockkötter führt auf Nachfrage der sachkundigen Bürgerin Dr. Spallek ergänzend aus, dass eine entsprechende jährliche Abfrage/Auswertung seit zwei Jahren stattfinde.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**TOP 8 öffentlicher Teil**

SV-9-1561

**Entwurf Haushalt 2020**

Der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann erläutert einleitend, dass vom Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung verschiedene Beschlussvorschläge bzw. Empfehlungsempfehlungen erwartet würden. Zum einen ginge es um Beschlussvorschläge zu den in der Sitzungsvorlage benannten Ansätzen in den Budgets, 3, 4 und 5. Zum anderen sollte sich der Ausschuss mit den in der Änderungsliste 01/2020 enthaltenen Vorschlägen befassen. Darüber hinaus sollte der Ausschuss über die Anträge beraten, die von den Kreistagsfraktionen aktuell zum Haushalt 2020 eingereicht worden seien.

Ktabg. Schulze Esking wendet ein, dass die Änderungsliste 1/2020 sehr lang und es nicht möglich sei, die Liste in der Kürze der Zeit zu beraten und anschließend einen Beschluss zu fassen. Ktabg. Schulze Esking verweist darauf, dass sich die CDU-Fraktion morgen eingehend mit der Änderungsliste befassen werde. Ktabg. Rampe schließt sich der Auffassung von Ktabg. Schulze Esking an und weist ebenfalls auf eine noch anstehende Sitzung der SPD-Fraktion zum Haushalt 2020 hin. Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Gochermann betont, dass es der ständigen Übung im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung entspräche, bei noch bestehendem Beratungsbedarf innerhalb der Fraktionen erforderliche Beschlussvorschläge bzw. Empfehlungsempfehlungen durch den Kreisausschuss treffen zu lassen. Insofern sollte sich der Ausschuss zunächst mit den vorliegenden Anträgen der Kreistagsfraktionen befassen und schließlich -soweit möglich- einen Beschlussvorschlag zu Ziffer 1 der Sitzungsvorlage herbeiführen, so Prof. Dr. Gochermann.

Anschließend ruft der Ausschussvorsitzende den ersten Antrag der Kreistagsfraktion der CDU vom 20.11.2019 zur Einrichtung einer Internetseite zum Thema E-Mobilität auf und bittet um Wortmeldungen. Ktabg. Kunstlewe hält den ersten Punkt der Auflistung zu den Informationsangeboten für unnötig („Dieses Internetinformationsangebot sollte umfassend und aktuell über alle Standorte der öffentlichen Elektrotankstellen im Kreis Coesfeld informieren“), da genügend Apps, auch europaweit, zur Verfügung stünden, um die entsprechenden Informationen zu erhalten. Ktabg. Schulze Esking weist auf die Ausführungen des Herrn Bölte, Geschäftsführer der wbc und gfc GmbH, im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung hin. Herr Bölte habe begründet, warum ein eigenes Informationsangebot für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Coesfeld Sinn ergebe. Die Dinge wolle man anders als in den europaweiten Informationsangeboten darstellen. Ktabg. Kunstlewe merkt an, dass eine kontinuierliche Wartung und Anpassung der Internetseite erforderlich sei. Es solle zunächst ein erster Aufschlag gemacht werden, so Ktabg. Schulze Esking. Die inhaltliche Ausgestaltung des Informationsangebotes solle im Unterausschuss Klimaschutz beraten und festgelegt werden. Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann über den folgenden Antrag abstimmen:

**Beschlussvorschlag:**

Für die Einrichtung eines Informationsangebotes zum Thema der E-Mobilität wird im Haushalt 2020 ein Betrag in Höhe von 10.000 € veranschlagt. Die inhaltliche Ausgestaltung des Informationsangebotes wird im Unterausschuss Klimaschutz beraten und festgelegt.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:       17 JA-Stimmen  
  4 Enthaltungen

Der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann verweist sodann auf den zweiten Antrag der Kreistagsfraktion der CDU vom 20.11.2019 „power-to-gas“. Ktabg. Schulze Esking stellt kurz die wesentlichen Inhalte des Antrages vor.

**Beschlussvorschlag:**

Zur Erstellung der Machbarkeitsstudie „power-to-gas“ wird ein Betrag in Höhe von 25.000 € im Haushalt 2020 veranschlagt.

Form der Abstimmung:                   offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:               18 JA-Stimmen  
  3 Enthaltung

Bezüglich des Antrages der Kreistagsfraktion der CDU vom 20.11.2019 zur Photovoltaik-Offensive für Kommunalgebäude verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, diesen mit dem Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 27.11.2019 „Förderung der Photovoltaik“ zusammenzufassen. Ktabg. Schulze Esking führt zum Antrag der CDU aus, dass die Tochtergesellschaft des Kreises Coesfeld „Gesellschaft zur Förderung regenerativer Energien mbH (GFC)“ mit der Durchführung der Photovoltaik-Offensive beauftragt werden solle. Nach Kostenschätzung der GFC seien 30.000 € für Ingenieurkosten im Haushalt 2020 zu veranschlagen.

Zu dem Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 27.11.2019 „Förderung der Photovoltaik“ merkt Kreisdirektor Dr. Tepe an, dass die Einführung eines regionalen „1000-Dächer-Programms“ einen so hohen Aufwand verursachen würde, der mit der aktuellen Personalausstattung mengenmäßig nicht bewältigt werden könne.

Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek führt zum Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN aus, dass es für den Ausbau der E-Mobilität noch weiterer unterstützender Impulse bedarf. Es müsse sich um ein fortlaufendes Projekt handeln. Ladesäulen sollten sowohl Zuhause als auch bei der Arbeit vorhanden sein.

Der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann ergänzt abschließend, dass im Rahmen der Durchführung des Projektes auch enger Kontakt mit der Wirtschaft gesucht werden müsse.

**Beschlussvorschlag:**

Für die Durchführung der Photovoltaik-Offensive wird ein Betrag in Höhe von 30.000 € im Haushalt 2020 veranschlagt. Die inhaltliche Ausgestaltung der Projektarbeit wird im Unterausschuss Klimaschutz beraten und festgelegt.

Form der Abstimmung:                   offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:               20 JA-Stimmen  
  1 Enthaltung

Sodann wird über den Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 27.11.2019 zur Gründung eines Vereines zur Unterstützung der Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises Coesfeld beraten. Zur Begründung des Antrages führt Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek aus, dass zwar ein Klimapakt bestehe, allerdings kein Verein existiere, um Geld zu sammeln und in Zusammenarbeit mit Akteuren aus der Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik Nachhaltigkeits- bzw. Klimaschutzprojekte umzusetzen. Ein vergleichbarer Verein sei im Kreis Steinfurt gegründet worden. Ktabg. Schulze Esking ist der Meinung, dass der Kreis Coesfeld mit der WFC, der GFC sowie dem Unterausschuss Klimaschutz in diesem Bereich gut aufgestellt sei.



**Beschlussvorschlag:**

Die Beratung zur Gründung eines Vereins zur Unterstützung der Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises Coesfeld erfolgt im Unterausschuss Klimaschutz.

Form der Abstimmung:                   offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:                einstimmig

Anschließend ruft der Ausschussvorsitzende den Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 30.11.2019 zur Beratung auf. Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek bittet darum, getrennt über die einzelnen Punkte abzustimmen. Dem stimmt der Ausschussvorsitzende zu.

*„1. Für das Klimaschutzmanagement wird im HH 2020 wieder eine ganze Vollzeitstelle eingerichtet. Der Stellenplan wird entsprechend geändert, der Landrat stellt die erforderlichen Finanzmittel in den Haushalt ein.“*

Zu Punkt 1 des Antrages erklärt Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek, dass eine halbe Stelle für das Klimaschutzmanagement nicht genug sei. Ktabg. Schulze Esking merkt an, dass bereits derzeit eine Stelle für die Aufgabe zur Verfügung stünde, und zwar eine halbe Stelle bei der Kreisverwaltung und eine halbe Stelle bei der GFC. Angesichts des Stellenzuwachses der letzten Jahre sei eine zusätzliche Stelle nicht leistbar. Kreisdirektor Dr. Tepe und AL Beck weisen darauf hin, dass die Stelle im Bereich Klimaschutz aktuell zur Hälfte besetzt sei durch Frau Holz. Eine weitere Mitarbeiterin, die sich aktuell noch in der Ausbildung befinde, komme für die nächsten zwei Jahre mit einer halben Stelle hinzu, so AL Beck. Eine entsprechende Projektstelle sei befristet für die Dauer der Förderung von zwei Jahren eingerichtet worden. Danach müsse entschieden werden, ob die Stelle dauerhaft bestehen bleiben solle. AL Beck macht schließlich auf die Gefahr aufmerksam, dass sich die sofortige Einrichtung einer Planstelle als förderschädlich erweisen könnte. Anschließend modifiziert Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek den Antrag. Danach solle der Antrag zunächst im Unterausschuss Klimaschutz beraten werden.

*„2. Im Haushalt 2020 werden die ordentlichen Aufwendungen, im Rahmen eines globalen Minderaufwandes, um 900.000 € gekürzt.“*

Zu Punkt 2 des Antrages führt Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek ergänzend aus, dass die Haushaltsergebnisse in den vergangenen Jahren meist 2 bis 3 Millionen Euro besser als geplant ausgefallen seien. Der Finanzbericht zum 31.08.2019 weise zudem eine erhebliche Verbesserung auf. Ktabg. Schulze Esking merkt an, dass es darum gehe, die Kreisumlage allgemein zu senken, um die kreisangehörigen Städte und Gemeinden zu entlasten. Gegebenenfalls könne man aus der Auflösung von Rückstellungen Ergebnisverbesserungen erzielen. Ktabg. Rampe weist in diesem Zusammenhang vorläufig auf das Ziel der SPD hin, die Kreisumlage um 3 Millionen Euro senken zu wollen, da man in den letzten Jahren immer ein besseres Ergebnis erzielt habe, als geplant. Für Ktabg. Wessels sei die Zielrichtung einer weiteren Absenkung der allgemeinen Kreisumlage in Ordnung. Allerdings sei hierbei eine differenzierte Herangehensweise in Betracht zu ziehen, die bei der Berücksichtigung eines globalen Minderaufwands nicht gewährleistet wäre. Es sei aus seiner Sicht besser, zum Beispiel gezielt zwei oder drei Haushaltspositionen zu reduzieren. Beispielsweise sei geplant, die aus der Auflösung von Rückstellungen verfügbaren Mittel zu verwenden. Ktabg. Kunstlewe merkt an, dass die Verwendung dieser Mittel über die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage möglich sei. Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek erklärt, dass man einen fiktiven Haushaltsausgleich nutzen könne, die Fehlplanungen der vergangenen Jahre auszugleichen. Das Instrument des globalen Minderaufwand könne man wiederum dazu nutzen, die Planung für das Haushaltsjahr 2020 zu verbessern und somit ein Signal an die Kommunen zu senden. Ktabg. Löcken weist darauf hin, dass ihm der vorliegende Antrag etwas widersprüchlich vorkommt, zumal seitens der Fraktionen BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN in der Vergangenheit oftmals die niedrige Ei-

genkapitalquote des Kreises im Rechnungsprüfungsausschuss bemängelt worden sei. Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek entgegnet, dass ihre Fraktion in der Vergangenheit oftmals plädiert habe, eine Mindestquote hinsichtlich des Eigenkapitals vorzusehen. Dies sei aber politisch nicht durchsetzbar gewesen. Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Gochermann hält fest, dass es sich um einen Meinungsstreit hinsichtlich der Anwendung von unterschiedlichen haushaltsrechtlichen Instrumenten ginge, der im Kreisausschuss weiter beraten werden sollte. Die Ausschussmitglieder verständigen sich in der Folge darauf, dass entsprechend verfahren wird.

*„3. Die Kapitalerhöhung FMO (010113FMO, 75.833 €) wird gestrichen.“*

Form der Abstimmung:	offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis:	3 JA-Stimmen
	18 Nein-Stimmen

*„4. Die Investition 66k/L844OU Planung Ortsumgehung Senden-Ottmarsbocholt wird gestrichen.“*

Kreisdirektor Dr. Tepe erläutert zu Punkt 4 des Antrages, dass die Streichung der Investitionskosten bereits in der Änderungsliste 01/2020 enthalten sei. Entgegen den bisherigen Planungen erfolge die Zahlung für erbrachte Planungsleistungen direkt durch den Landesbetrieb Straßen.NRW. Somit erfolge lediglich eine Veranschlagung der Personalkosten sowie der entsprechenden Kostenerstattung.

Sodann bittet der Ausschussvorsitzende die zuständigen Dezernenten darum, die Positionen der vorliegenden Änderungsliste 01/2020 näher zu erläutern. Dezernent Helmich stellt die wesentlichen Ansatzänderungen im Budget 1 vor. Bei der zentralen Ausländerbehörde seien weitere Investitionen (vgl. Änderungsliste für den Bereich der Investitionstätigkeit, lfd. Nr. 1 und 2) für die Ersatz- und Neubeschaffung von Fahrzeugen notwendig. Diese Kosten würden allerdings von der Bezirksregierung Münster erstattet. Im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit der Abteilung 32 (vgl. lfd. Nr. 1) sei aufgrund von Einwendungen der Kostenträger eine Anpassung der Gebührenkalkulation notwendig. Allerdings würden die Kostenunter- bzw. Kostenüberdeckungen im Rahmen der kostenrechnenden Einrichtung Rettungsdienst ohnehin ausgeglichen. Für die zentrale Ausländerbehörde seien einige Ansatzänderungen (vgl. lfd. Nr. 2 bis 21) aufgrund der kürzlich in Kraft getretenen neuen Verordnung über Zuständigkeiten im Ausländerwesen erfolgt. Im nächsten Jahr sei aufgrund des nun laufenden Betriebes eine bessere Planung möglich. Ktabg. Schulze Esking bittet darum, die zahlreichen Ansatzänderungen der Verwaltung zukünftig direkt bei der Entwurfsfassung zu berücksichtigen. Dies werde im nächsten Jahr möglich sein, da die ZAB nun im Echtbetrieb sei, so Dezernent Helmich.

Im Anschluss stellt Dezernent Schütt die Ansatzänderungen im Budget 2 vor. Bei der Berechnung der Kostenerstattung für die Pestalozzischule seien die GFG-Mittel bislang nicht berücksichtigt worden (vgl. lfd. Nr. 25). Des Weiteren seien die noch offenen Fördermittel (vgl. Änderungsliste für den Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit, lfd. Nr. 26 und 27), sowie bislang noch nicht geplante Einzahlungen aus dem Digitalpakt (vgl. Änderungsliste für den Bereich der Investitionen, lfd. Nr. 4) veranschlagt worden. Dezernent Helmich ergänzt in Bezug auf die Änderungen im Budget 1, dass für den geplanten Kauf eines Grundstückes zusätzliche Mittel aus Ersatzgeldern bereitgestellt werden müssten.

Sodann lässt Herr Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Gochermann über die in der Sitzungsvorlage genannten Produktgruppen (ausgenommen Budget 5) beraten. Auf Nachfrage von Ktabg. Pohlmann erläutert Kreisdirektor Dr. Tepe, dass der Bescheid über die Zuweisung der Mittel aus der Integrationspauschale einen Durchführungszeitraum bis Herbst 2020 vorsehe. Etwaige Mittel aus nachfolgenden Förderbescheiden seien bei der Ansatzplanung nicht berücksichtigt worden.

Zur Frage von Ktabg. Schulze Esking, wieso im Bereich der Vollstreckung von Hauptforderungen derartige Schwankungen zu verzeichnen seien, sichert AL'in Brockkötter eine Berichterstattung im Kreis-

ausschuss zu. Darüber hinaus bittet Ktabg. Schulze Eking, die verschiedenen Projekte im Zusammenhang mit dem Münsterland e. V. zukünftig zusammenzufassen. Ktabg. Schulze Eking erfragt, weshalb Rückstellungen für die Freistellungsphase der Altersteilzeit zu bilden sind. AL Beck erläutert, dass für tariflich beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tariflicher Anspruch auf Altersteilzeit bestehe. Im Anschluss lässt der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann über den Beschluss zu Nr. 1 abstimmen.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die im Entwurf des Haushaltsplanes 2020 ausgewiesenen Jahresergebnisse in den Teilergebnisplänen und die jeweiligen Finanzmittelüberschüsse/-fehlbeträge in den Teilfinanzplänen der jeweiligen Produktgruppen

#### **im Budget 3**

<u>Produktgruppen</u>	<u>ab Seite</u>
11.01 Personalwirtschaft	381
11.02 Organisation und Digitalisierung	390
11.03 Informationstechnologie	398
20.01 Haushalt, Finanzcontrolling	411
20.02 Geschäftsbuchhaltung und Zahlungsabwicklung	417
20.03 Vollstreckung und Zentrale Forderungsabwicklung	423
20.05 Liegenschaftsverwaltung	428
20.06 Gebäude	433
20.07 Zentraler Service	446

#### **im Budget 4**

<u>Produktgruppen</u>	<u>ab Seite</u>
00.01 Verwaltungsleitung	535
01.01 Büro des Landrats	549
01.02 Kreisentwicklung, Wirtschaftsförderung	554
01.03 Öffentlichkeitsarbeit, Kreisarchiv	565
01.04 Recht	573
01.05 Kommunalaufsicht	578
01.06 Kreistagsbüro	583
02.01 Gleichstellung	599
08.01 Personalrat	607
14.01 Rechnungsprüfung	615
14.02 Zentrale Vergabestelle und Datenschutz	621
31.01 Zentrale Aufgaben der Polizei	629

inklusive der bei den zugehörigen Produkten dargestellten Ziele und Kennzahlen werden unter Berücksichtigung der während der Beratung beschlossenen Änderungen anerkannt.

Form der Abstimmung:                   offen per Handzeichen  
 Abstimmungsergebnis:               14 JA-Stimmen  
   7 Enthaltungen

Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek merkt an, dass die Entwicklung bei den Zielen nicht berücksichtigt werde. Sinn und Zweck sei es nicht, die Zielerreichungsquote nur zu dokumentieren, sondern auch aufzuzeigen, welche Gegenmaßnahmen ergriffen werden, um die Ziele zu erreichen. Frau Dr. Spallek betont, dass zum Teil sogar Zielquoten definiert seien, die unterhalb der gesetzlichen Vorgaben lägen. Vor diesem Hintergrund regt Frau Dr. Spallek an, dass eine Erläuterung der Zielerreichungsquoten im Rahmen des Berichtswesens erfolge.

Die Zielerreichungsquoten müssten erfüllt werden, so der Ausschussvorsitzende. Das Controlling sei allerdings bei den Fachausschüssen angesiedelt. Sofern gesetzliche Vorgaben nicht erfüllt werden sollten, solle dies der Verwaltung aus den Fachausschüssen direkt gemeldet werden. Nach Auffassung der sachkundigen Bürgerin Dr. Spallek sei an dieser Stelle ein Berichtswesen gefragt. Kreisdirektor Dr. Tepe merkt an, dass eine Steuerung durch die Fachausschüsse zu erfolgen habe.

Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Gochermann schlägt vor, die Vorsitzenden der Fachausschüsse für dieses Thema zu sensibilisieren.

Vor dem Hintergrund der geschilderten Beratungsbedarfe in den Fraktionen werden keine Beschlussvorschläge bzw. Beschlussempfehlungen getroffen, die das Budget 5 und damit auch die allgemeine Kreisumlage betreffen. Entsprechende Beratungen werden in der Sitzung des Kreisausschusses am 04.12.2019 erfolgen.

---

Prof. Dr. Gochermann  
Ausschussvorsitzender

---

Jannik Lügering  
Schriftführer